



Apropos Europa von Frank Baasner

Vier lange Tage und Nächte hat es gedauert, bis sich die 27 europäischen Mitgliedstaaten sowohl auf den nächsten siebenjährigen Finanzrahmen der EU als auch auf den einmaligen Wiederaufbaufonds zur Überwindung der ökonomischen und sozialen Folgen der Coronakrise einigen konnten. Epochales Scheitern stand im Raum. Angela Merkel und Emmanuel Macron hatten im Vorfeld einen gemeinsamen Vorschlag auf den Tisch gelegt: 500 Milliarden für einen Wiederaufbaufonds. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen hatte noch draufgelegt und den Vorschlag von 750 Mrd. unterbreitet, davon 500 Mrd. als nicht rückzahlbare Subventionen

für die besonders stark getroffenen Länder, der Rest als gemeinsam verbürgte Kredite.

Bei den Verhandlungen wurde mehr als deutlich, dass ein deutsch-französischer Kompromiss noch lange nicht ausreicht, um einen europäischen Gleichklang zu inszenieren. Zu viele Konflikt- und Interessenlinien durchziehen die EU. Da ist der klassische Nord-Süd-Konflikt mit dem Streit über solide Haushaltsführung. Interessant nur, dass dieses Lager nicht mehr von Deutschland angeführt wird, sondern von den kleinen Ländern, die man vermutlich früher ganz undiplomatisch als „deutsche Einflusszone“ bezeichnet hätte: die Niederlande, Dänemark,

Schweden und Österreich (später auch Finnland). Da stritten nicht nur die Nettobeitragszahler (also die Staaten, die mehr in den EU-Haushalt einzahlen, als sie an Subventionen daraus erhalten) gegen die Nutznießer, sondern da ging es um uralte Wahrnehmungsmuster, fast schon Feindbilder. Diese gegenseitigen negativen Zuweisungen könnte man leider lange fortsetzen. Das verstellt aber den Blick dafür, dass Europa am Scheideweg steht. Entweder wir raufen uns in einer solchen tiefen – und noch lange nicht beendeten – Krise schnell zusammen, oder wir gehen aus dem Wettstreit der beiden großen Systeme China–USA als Verlierer hervor.

Diesen Gedanken hat erfreulicherweise unsere Kanzlerin über viele Stunden meist nächtlicher Sitzungen mit der ihr eigenen Konstanz durchgehalten. Dieser Gipfel durfte nicht scheitern. Zwei Dinge müssen nun geschehen. Die riesigen Summen, die bei sehr niedrigem Zins mit einer Laufzeit von Jahrzehnten nur langsam zurückzuzahlen sind, müssen schnell in der Realität ankommen. Am 1. Januar 2021 soll es losgehen – das wäre extrem wichtig, und käme doch für viele kleine Unternehmen und Freiberufler schon zu spät. Hier ist also flexibles Verwaltungshandeln erforderlich – keine Selbstverständlichkeit, ich weiß, aber es muss versucht und eingefordert werden.

Und gleichzeitig müssen wir alle daran arbeiten, dass die gegenseitigen Schuldzuweisungen und Verletzungen nicht noch tiefer ins Fleisch schneiden.

Europa im Herzen heißt auch, über diese Dinge mit Partnern aus anderen europäischen Ländern zu reden. Das kann in der Familie sein, im Freundeskreis, im Sportclub, in der Kommune, in den Ferien, wo auch immer. Wir als Bürgerinnen und Bürger können einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die Europäische Union in der noch andauernden Krise spürbar ist.

IHRE MEINUNG? Schreiben Sie unserem Kolumnisten, der einmal im Monat einen Blick auf Europa wirft, an leserbriefe@lkz.de